



Christian Röhl (SPD)



Raimund Haser (CDU)



Ralf Sauer (FDP)



Petra Krebs (Grüne)



Michael Konieczny (Die Linke)



Friedrich-Thorsten Müller (AfD)

## Unterschiedliche Meinungen bestimmen Diskussion

Sechs Landtagskandidaten debattieren auf dem SZ-Podium über Bildung, Gesundheit, Flüchtlingsbewegung und Verkehr

Von Anja Ehrhartsmann

BAD WALDSEE - Zur Podiumsdiskussion der Kandidaten des Wahlkreises Wangen-Illertal hat die „Schwäbische Zeitung“ Bad Waldsee/Aulendorf am Donnerstagabend ins Haus am Stadtsee in Bad Waldsee geladen. Knapp zweieinhalb Stunden präsentierten sich dort Petra Krebs (Grüne), Christian Röhl (SPD), Raimund Haser (CDU), Friedrich-Thorsten Müller (AfD), Ralf Sauer (FDP) und Michael Konieczny (Die Linke). Redaktionsleiter Wolfgang Heyer und Redakteurin Paulina Stumm leiteten die Diskussion.

Als Einspieler wurde zu Beginn eine Videoumfrage gezeigt, in der Bürger auf der Straße die Eigenschaften ihres Wunschkandidaten benannten: offen und ehrlich sollte er sein, Inhalte überzeugend vermitteln und die Gegend kennen. In einer ersten Runde hatten die Kandidaten anschließend eine Minute Zeit, sich und ihre Partei vorzustellen.

### Bildungspolitik

Heyer gab der Runde als erstes Stichwort das Thema Bildungspolitik vor. Die Entscheidung für die Gemeinschaftsschule (GS) sei die richtige gewesen, sagte Christian Röhl (SPD). Er sprach sich für ein längeres gemeinsames Lernen mit unterschiedlichen Leistungsniveaus aus. „Es läuft relativ gut. Dass es am Anfang etwas holpert, ist doch normal.“

„Der Wegfall der verbindlichen Grundschulempfehlung kam überstürzt“, sagte Raimund Haser (CDU). Zwar habe man den Kommunen hinsichtlich der GS die Hand gereicht, „aber wo sind die Arbeitsmaterialien?“ Bildung müsse weiterentwickelt werden, die Einführung der GS hält Haser aber für „unvor-

bereitet und überstürzt“. Michael Konieczny (Die Linke) sprach sich für die GS aus, Kinder sollen länger gemeinsam lernen, am besten bis zur 10. Klasse. Gefehlt habe bisher die gute Ausstattung der Schulen und die gezielte Schulung der Lehrer. „Dann haben wir ein System, das gut funktioniert.“

Ein mehrgliedriges Schulsystem habe sich bewährt, sagte Ralf Sauer (FDP), der sich aber nicht grundsätzlich gegen die GS stellte, vor allem in strukturschwachen Räumen könne die GS helfen, dass Schulstandorte erhalten bleiben. Den Wegfall der Grundschulempfehlung sah er zwiespältig, denn „die Sitzbleiberzahlen sprechen für sich.“

Friedrich-Thorsten Müller (AfD) plädierte für ein dreigliedriges Schulsystem. „Wir sagen auch, dass dieses System durchlässig sein muss.“ Müller befürwortete die Grundschulempfehlung. „Vier Jahre Grundschule reichten als gemeinsame Lernzeit aus.“ Wo es keine entsprechenden Schülerzahlen gebe, mache es aber keinen Sinn, die Gemeinschaftsschule zurückzubauen.

„Längeres gemeinsames Lernen ist wichtig“, sagte Petra Krebs (Grüne). Die Form der GS gebe es schon seit ewiger Zeit, da auch die Grundschule eine GS sei. Auch die Realschule sei schon immer homogen gewesen. Die GS sei letztlich das, was die Gesellschaft ausmache: „Vielfalt, die wertgeschätzt und gefördert wird.“

### Gesundheitspolitik

Nach ihren Einschätzungen zur Gesundheitspolitik fragte Paulina Stumm die Kandidaten. Die Wertschätzung der Pflegeberufe in finanzieller Hinsicht stimme nicht, sagte Krebs, die selbst als Krankenschwester arbeite. Mit verbesserten Arbeitsbedingungen könne erreicht werden, dass es wieder mehr

Bewerber auf Pflegeberufe gebe.

„Gesundheit wird teurer werden“, sagte Müller, vor allem, da Deutschland eine alternde Gesellschaft habe. Sein Vergleich, wie bei einem Auto seien auch bei Menschen im Alter immer mehr Reparaturen nötig, sorgte für Gelächter und Empörung im Publikum. Die Sparpolitik gehe zu Lasten der Gesundheitsversorgung, die Wertschätzung müsse sich finanziell niederschlagen, so Müller weiter.

Die Ansiedlungsprämie sei ein Schritt in die richtige Richtung, um Ärzte aufs Land zu bringen, erklärte Sauer. Er schlug vor, den Menschen, die am Numerus clausus scheitern, ein Medizinstudium zu ermöglichen, wenn sie sich für den ländlichen Raum verpflichten. Ein Raunen ging durch die Zuschauerreihen. Sauer begründete seinen Vorschlag damit, dass sich andernfalls viele für ein Studium im Ausland entscheiden würden.

Gewinnorientiertes Arbeiten in einem Krankenhaus sei fehl am Platz, sagte Konieczny. Die Gesundheit sei eine gesamtgesellschaftliche

Aufgabe. Die Fallpauschale im Krankenhaus sei die größte Katastrophe: „Leistungen, die sich nicht mehr lohnen, werden in den Krankenhäusern ungern gemacht. Wenn doch, macht das Krankenhaus Miese.“

In den vergangenen fünfzehn Jahren seien die Löhne im Gesundheitssystem gestiegen, sagte Haser. „Wir können nicht so weitermachen, das Geld muss irgendwann reichen.“ Das Problem bestehe darin, dass das Geld falsch verteilt werde, dem pflichtete Krebs bei. Um Ärzte aufs Land zu bekommen, seien laut Haser kreative Lösungen notwendig, beispielsweise Praxiszusammenschlüsse.

Durch die Reform der Pflegestufen habe man schon viel erreicht, sagte Röhl. Hinsichtlich der Krankenhäuser sei die Zusammenarbeit auch über Kreisgrenzen hinweg elementar. Die Landkreise Biberach und Ravensburg seien hierfür bereits Modellregion.

### Flüchtlingspolitik

Im dritten Block kam die Runde auf das Wahlkampf beherrschende Thema, die Debatte um Flüchtlinge und ihre Integration zu sprechen. „Zwei Herzen schlagen in unserer Brust“, so Haser. Auf der einen Seite die Solidarität, auf der anderen das Wissen darum, dass nicht in zehn Jahren zehn Millionen Flüchtlinge in Deutschland wohnen können. Haser sieht die anderen europäischen Länder ebenfalls in der Pflicht.

Der humanitäre Ansatz sei richtig, sagte Sauer, auch wenn Angela Merkel nicht gesagt habe, wie die Aufgabe zu schaffen sei. Integration könne zusätzlich über Arbeitsplätze erreicht werden. „Die Leute sollten die Möglichkeit haben, sich zu integrieren.“ Für eine europäische Lösung sprach sich auch Röhl aus. Es

gehe vor allem darum, die Fluchtursachen zu bekämpfen. Er sei gegen eine Politik der Zäune. „Es ist nicht human, auf Menschen zu schießen.“ Es müsse mehr Geld in den Wohnungsbau fließen, außerdem müssten Stellen für den Sprachunterricht geschaffen werden.

Hinsichtlich der Flüchtlingsthematik brauche es eine offene Debatte in der ganzen Gesellschaft, sagte Müller. Konfrontiert mit dem Frauke-Petry-Interview zum Schießbefehl an den Grenzen, sah der 48-Jährige seine Partei missverstanden. „Es ist ein Unding, dass sie sich in eine Opferrolle begeben“, erwiderte Krebs. „Die AfD ist nicht das Opfer, sondern schneidet verbal mit scharfem Schwert.“ Sie sei davon überzeugt, dass Deutschland diese Aufgabe schaffe, auch wenn es viel Geld koste. „Wir setzen auf eine freiwillige Ausreise, das ist auch billiger.“

„Es ist menschenverachtend, was ihre Vorsitzende von sich gibt“, pflichtete Konieczny seiner Vorrednerin in Richtung Müller gewandt bei. Innerhalb Europas müsse vernünftig zusammengearbeitet werden. „Wir müssen uns vor allem über die Fluchtursachen unterhalten.“ Als Beispiel nannte er die Ausbeutung der Ressourcen durch kapitalistische Länder und den Waffenexport.

### Infrastruktur und Verkehr

Als „beste infrastrukturelle Maßnahme“ bezeichnete Haser Stuttgart 21, „auch wenn wir dafür fast gehäutet wurden“. Die Elektrifizierung der Allgäubahn sei eine gute Sache. Die Frage sei andern, wie ein individueller öffentlicher Nahverkehr umsetzbar sei. Haser sprach sich dafür aus, Privatunternehmer wie Taxifahrer mit ins Boot zu holen. „Anwohnerschutz ist wichtig“, sagte Röhl, angesprochen auf die B 30 Ortsdurchfahrt in Gaisbeuren.

Die B 30 sei ausbaubedürftig, „da müssen wir ran“. Auch der Bahnhof in Aulendorf müsse dringend alters- und behindertengerecht ausgebaut werden, sagte der 27-Jährige. Dringend notwendig sei außerdem eine gute digitale Infrastruktur. „Da dürfen wir nicht abgehängt werden.“

„Strittiges Thema“ sei die Ortsumgebung B 30 in Gaisbeuren, so Krebs. Es sei wichtig, dass die Menschen Erleichterung bekommen und dort gut leben können. Grundsätzlich sei es aber besser, bestehende Straßen zu sanieren.

Für eine B 30 Ortsumfahrung im Osten machte sich Sauer stark, auch wenn diese teurer als eine Westumfahrung wäre. „Die Situation ist für die Leute nicht mehr tragbar.“ Er pflichtete Röhl hinsichtlich des notwendigen behindertengerechten Ausbaus des Bahnhofes in Aulendorf bei.

Um den Verkehr auf der B 30 zu reduzieren schlug Konieczny vor, den öffentlichen Nahverkehr auszubauen, außerdem müsse die Bahn attraktiver Angebote an die Wirtschaft machen, um den Schwerlastverkehr auf die Schienen zu bekommen.

Es sei notwendig, die ganze Trasse von Biberach bis nach Stockach zu entlasten, sagte Müller. Eine flächendeckende Breitbandversorgung sei außerdem wichtig, „um leistungsfähige Firmen betreiben zu können“. Der öffentliche Personennahverkehr sei eine wichtige Säule und zudem ein wichtiger Wettbewerbsfaktor im ländlichen Raum.



## Kandidaten stellen sich den Zuschauerfragen

Vielfältige Themen interessierten die Besucher bei der SZ-Podiumsdiskussion

BAD WALDSEE (aeh) - In einer zehnmütigen Pause hatten die Besucher Gelegenheit, ihre Fragen an die Landtagskandidaten auf Fragekärtchen zu schreiben, die dann von Redakteurin Paulina Stumm und Redaktionsleiter Wolfgang Heyer gebündelt gestellt wurden.

Wie Friedrich-Thorsten Müller den „Vielvölkerstaat“ abschaffen

wolle und woher dann beispielsweise das Pflegepersonal kommen sollte, war eine Frage aus dem Publikum. „Abschaffen“ sei der falsche Ausdruck, entgegnete Müller. Durch eine gute Familienpolitik soll dem „demografischen Niedergang“ entgegengesteuert werden, erklärte Friedrich-Thorsten Müller (AfD).

Wie Michael Konieczny den

Flüchtlingsstrom bremsen wolle, war eine weitere Frage. Indem die Fluchtursachen bekämpft und die Waffenexporte eingestellt werden, antwortete der Kandidat von der Linken: „Frieden erreiche ich nicht durch Zäune.“

Wieso es in Zeiten von schnellen Computern noch kein einheitliches Registrierungssystem für Flüchtlin-

ge gebe, wollte einer der Zuhörer von Raimund Haser (CDU) wissen. Ein derartiges System gebe es seit 1. Februar, so Haser. Die organisatorischen Strukturen seien einfach für weniger Menschen ausgelegt gewesen, das habe zu Problemen geführt. Dass so viele Menschen nach Deutschland flüchten, habe man nicht kommen sehen, sagte Röhl, „oder nicht sehen wollen, so ehrlich muss man sein“.

### Bezahlbarer Wohnraum

Wie soll bezahlbarer Wohnraum geschaffen werden, war die Frage an Ralf Sauer (FDP). „Das ist kein Lieblingsthema der Liberalen“, räumte Sauer ein. Es sei genug Kapital da, das mit einer Rendite in diesem Bereich eingesetzt werden könne.

„Wie begegnen Sie Herausforderungen in der Landwirtschaft?“, richtete jemand aus dem Publikum die Frage an Petra Krebs (Grüne). Die 46-Jährige sprach sich dafür aus, die Menge aus dem Markt zu nehmen, die Molkereien stärker in die Pflicht zu nehmen und Bauern einen Bonus zu geben, wenn sie ihr Kontingent nicht erhöhen.



Die Erstkandidaten beantworteten ausführlich die gestellten Fragen aus dem Publikum.

FOTO: SEBASTIAN HEILEMANN

ANZEIGE

**FREIE WÄHLER**  
Baden-Württemberg

Wenn Sie als Landwirt mit den Erzeugerpreisen zufrieden sind, müssen Sie weiterhin die Etablierten wählen.

**Klaus Wirthwein**  
Metzgermeister und Kaufmann  
Panoramastraße 20 | 88147 Achberg

Direktkandidat WK 68

### So erreichen Sie uns

Redaktion  
Wolfgang Heyer 07524/978-714  
Paulina Stumm 07524/978-720  
Anja Ehrhartsmann 07524/978-716  
Telefax 0751/2955 99 6749  
E-Mail Redaktion  
redaktion.waldsee@schwaebische.de  
E-Mail Redaktion Lokalsport  
redaktion.sport.waldsee@schwaebische.de

Anzeigenservice  
Telefon 07524/978-70  
E-Mail Anzeigen  
anzeigen.waldsee@schwaebische.de

Aboservice  
Telefon 0751/29 555 555

schwaebische.de

ANZEIGE

**WOHNBAU**  
Reute-Gaisbeuren

Wir suchen Objekte für vorgemerkte Kunden.

Ihr Partner für Immobilien

Jeder Mensch hat etwas, das ihn antreibt.

Wir machen den Weg frei.

Wolfgang Scheck  
07524 99098-17  
wolfgang.scheck@rb-reute-gaisbeuren.de

„Ihre Bank mit Herz“

Raiffeisenbank Reute-Gaisbeuren eG

### Kurz berichtet

#### Bürger können Fragen stellen

MITTELURBACH (sz) - Die nächste Sitzung des Ortschaftsrates Mittelurbach findet am Donnerstag, 3. März, um 19.30 Uhr statt. Auf der Tagesordnung stehen die Bürgerfragestunde und die 1. Änderung des Bebauungsplans „Burgstockstraße“.